



# EUROPABRIEF

**Dr. Peter Jahr   Hermann Winkler**

Mitglieder des Europäischen Parlaments



Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 3 - April 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

der politische Markt wird voller: Die Parteien des linken Spektrums bekamen 2006 mit den „Piraten“ Konkurrenz, nun wächst eine eurokritische Bewegung, die ihre Anhänger sowohl im bürgerlichen als auch im linken Lager verortet. Für uns Christdemokraten muss dies dringend Anlass sein, eigene Positionen zu hinterfragen: Nicht jede Modernisierung im Sinne des Zeitgeistes findet auch bei den Stammwählern Widerhall.

Zuallererst jedoch lohnt es sich, die Grundlagen dieser Ein-Thema-Gruppierungen zu analysieren. Bei den „Piraten“ ist im Volk die anfängliche Begeisterung über die Thematisierung von Freiheit im Internet längst Ernüchterung wegen allzu offen zur Schau getragener Ahnungslosigkeit in vielen anderen Punkten gewichen. Einer „Raus aus dem Euro“-Partei könnte das gleiche Schicksal widerfahren. Es gibt eine Euro-Skepsis, allerdings geht sie zunehmend zurück: Zwei Drittel der Deutschen haben ihren Frieden mit dem Euro gemacht, nur noch ein Viertel will zurück zur Deutschen Mark.

Sicher: Die Staatsschuldenkrise und das, was Europa zu deren Bekämpfung unternimmt, begeistert die Deutschen nach wie vor wenig. Aber parallel zu diesen Zweifeln ist die Zustimmung zur Politik der Bundeskanzlerin Angela Merkel umso größer geworden – was zweifellos auch mit den Inhalten ihrer Europapolitik zu tun hat. Die nämlich ist wesentlich weitsichtiger als eine von Eurokeptikern geforderte „geordnete Auflösung“ der Eurozone, deren Folgen auch für Deutschland unabsehbar wären.

Wir laden Sie ein: Lesen Sie mehr zur "Alternative für Deutschland" in unserem Standpunkt auf Seite 3 und informieren Sie sich zu aktuellen Themen aus dem Europäischen Parlament und unseren Tätigkeiten vor Ort zu Hause.

Eine gute Lektüre wünschen Ihnen



## SCHLAGLICHTER

### 1 Europa aktuell

Digitaler Tachograph darf sächsischen Mittelstand nicht belasten

Kroatiens EU-Mitgliedschaft 2013

Handel mit Verschmutzungsrechten

### 2 Standpunkt

Die "Alternative für Deutschland" - keine Alternative für Europa!

### 3 Sachsen & Europa

Sächsische Terminvorschau

## Impressum

**Dr. Peter Jahr MdEP und Hermann Winkler MdEP**

Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Telefon: +32 228 47195 und +32 228 37306

www.peter-jahr.de und www.hermann-winkler.eu

E-Mail: peter.jahr@europarl.europa.eu und hermann.winkler@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

# Europa aktuell

## Digitaler Tachograph darf sächsischen Mittelstand nicht belasten

Ein digitaler Tachograph ist ein Fahrtenschreiber, der die Lenk- und Ruhezeiten, die gefahrenen Kilometer und die Geschwindigkeit eines Fahrzeugs auf einer personengebundenen Fahrerkarte speichert. Um für mehr Sicherheit im Straßenverkehr zu sorgen, möchte die Europäische Kommission mit einer Überarbeitung der bestehenden Regelungen die Einhaltung der strengen Lenk- und Ruhezeiten erreichen. Allerdings ist nicht nur die Kommission mit den Vorschlägen über das Ziel hinaus geschossen. Die im Parlament hart erkämpften Änderungen werden nun in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten zunichte gemacht. So stellen sich die Verkehrsminister gegen die notwendigen Ausnahmen für Fahrzeuge von Handwerksbetrieben und für Spezialfahrzeuge wie Milchtransporter oder Betonmischer. Außerdem soll der digitale Fahrtenschreiber schon für ein Kraftfahrzeug verpflichtend sein, wenn dieses einen 100 Kilometer Umkreis um den Firmensitz verlässt. Kleine Betriebe werden weder Kosten noch Verwaltungslast stemmen können. Der Abschluss der Verhandlungen zwischen Parlament, Kommission und Rat ist nun aufgrund des öffentlichen Drucks und Dank engagierter Kollegen erst einmal verschoben worden. Ziel muss es sein, den verpflichtenden Einsatz des Fahrtenschreibers ausschließlich an der Haupttätigkeit eines Fahrers festzumachen, um mittelständische Unternehmen, auch in Sachsen, nicht noch mehr zu belasten.

## Kroatiens EU-Mitgliedschaft zum 1. Juli 2013

In der Debatte um den letzten Fortschrittsbericht Kroatiens vor dem Beitritt, warnte Hermann Winkler vor einer ernsthaften Bedrohung für den Zusammenhalt der Europäischen Union durch den Beitritt neuer Mitgliedstaaten. "Die Europäische Union befindet sich in der schwersten Krise seit ihrer Gründung. Wer in einer solchen Situation weitere Länder aufnimmt, handelt verantwortungslos und gefährdet Europa als Ganzes. Wenn das Haus vom Einsturz bedroht ist, darf man nicht ständig neue Bewohner einladen, sondern muss das Gebäude sichern. Daher muss die derzeitige Devise, 'Konsolidierung vor Erweiterung' lauten und Deutschland ein entsprechendes Zeichen setzen. Die Kritik bezieht sich nicht auf Kroatien als Land, sondern richtet sich gegen den übereilten Erweiterungsprozess der EU.", sagte Hermann Winkler. Bevor Kroatien beitreten kann, muss neben Dänemark noch der Bundestag zustimmen.

## Handel mit Verschmutzungsrechten

Mit einer knappen Mehrheit hat das Europäische Parlament letzte Woche gegen das sogenannte "backloading" gestimmt. Demnach sollen 900 Millionen Zertifikate nicht zeitweilig aus dem Markt genommen werden (backloading), um vermutlich den Preis zu steigern, sondern wie geplant noch in diesem Jahr versteigert werden. Der Emissionshandel wurde 2005 unionsweit mit dem Ziel eingeführt, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu reduzieren. Für Kraftwerke und Industrieanlagen wird seitdem eine Obergrenze der jährlich zulässigen Emissionen festgelegt und für diese Menge Zertifikate verteilt. Gleichzeitig wurde der Handel mit diesen Zertifikaten ermöglicht, welche wiederum bis 2020 schrittweise reduziert werden. Aufgrund der Obergrenze wird die EU bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 21 Prozent senken. Insbesondere die konservative EVP-Fraktion konnte eine Mehrheit mit ihrem Argument überzeugen, dass es sich bei dem Emissionshandel um ein marktwirtschaftliches System handle, das von politischen Eingriffen verschont bleiben sollte. Letztlich sei der niedrige Preis für die Zertifikate auf das niedrige Wirtschaftswachstum aufgrund der Wirtschaftskrise, die gestiegene Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien zurückzuführen. Mit dem Ergebnis der Abstimmung konnten insbesondere die deutschen CDU/CSU-Abgeordneten eine Verteuerung der Zertifikate verhindern, die vor allem jene Betriebe, die bereits in klimafreundliche Technologien investiert haben, benachteiligt und Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie gefährdet hätte.

## eTWINNING - NETZWERK FÜR SCHULEN IN EUROPA

Der pädagogische Austauschdienst eTwinning vernetzt Schulen in Europa über das Internet. "e" steht für "elektronisch" und "Twinning" für "Partnerschaft". Damit lassen sich Partnerschulen finden, mit denen Unterrichtsprojekte in einem geschützten virtuellen Klassenraum gestaltet werden können. Ideal ist das Netzwerk für den Austausch zwischen Kolleginnen und Kollegen aus Europa und bietet viele Möglichkeiten der Fortbildung. Mitmachen können Lehrkräfte, Schulformen und Jahrgangsstufen von der Vorschule bis zum Berufskolleg. Weitere Informationen: <http://www.etwinning.de/>



### Die "Alternative für Deutschland" - keine Alternative für Europa!

"Alternative für Deutschland" (AfD) heißt die neu gegründete Partei, die mit eurokritischen Tönen die etablierte Politik herausfordert. Mit der angestrebten Rückkehr zur Deutschen Mark will sie nun direkt ins politische Geschehen eingreifen – handelt es sich hier um eine populistische Kampfansage oder lohnt sich eine genauere Betrachtung?

Die Auflösung des Euroraumes und die Wiedereinführung nationaler Währungen ist das zentrale Anliegen der AfD. In der Tat wird sich die neue Partei auf eine Anti-Euro-Kampagne konzentrieren. Die in den Medien deshalb betitelte "1-Themen-Partei" hat aber auch in dem - doch recht übersichtlichen - Wahlprogramm andere Positionen: von bundesweit einheitlichen Bildungsstandards über ein nachhaltiges Energiekonzept für bezahlbare Energie bis hin zu einer Neuordnung des Einwanderungsrechts. Neben der Forderung nach mehr direkter Demokratie in Parteien, wollen sich die Euroskeptiker für weniger Brüsseler Bürokratie und mehr Gesetzgebungskompetenzen für die nationalen Parlamente einsetzen - einige der Einwände und Ansichten der AfD sind überlegenswert. Wir CDU-Politiker haben es verpasst, den oft widersprüchlichen Kurs der Eurorettung zu erklären und eine Diskussion über Alternativen mit all ihren Konsequenzen zuzulassen. Auch die fatalen Fehler der Euro-Gründungsväter zeigen heute ihre verheerenden Auswirkungen. Die Kriterien als Eintrittskarte in die Währungsunion – wie die Wechselkursstabilität, die Inflationsrate oder der Schuldenstand – wurden bei der Umsetzung nie so strikt angewendet wie geplant. Nicht nur Griechenland hat gezielt betrogen, Bilanzen gefälscht und sich mit einer „kreativen Buchführung“ durch die Kriterien gemogelt. Hinzu kam, dass beim Prestigeprojekt "Euro" als Inbegriff der europäischen Integration, der Zeitplan wichtiger war als die Stabilität. Man hat zu oft auf das Prinzip Hoffnung gesetzt. Diese Geburtsfehler sowie schwere Defizite bei der Kontrolle über Jahre hinweg, haben die Eurostaaten heute in eine Schieflage gebracht. Die Demokratie hat in vielen europäischen Ländern Schaden genommen - und wir müssen uns heute die Frage stellen, wie es in Europa weiter gehen soll.

Das alles ist aber noch lange kein Grund, eine Partei zu wählen, die keine erkennbaren Lösungsansätze anbietet. Die AfD verspricht einfache Lösungen für komplexe Probleme der Währungspolitik und verbreitet die Illusion, dass ein Ausstieg aus dem Euro schnell und unkompliziert stattfinden könnte. Es ist fahrlässig dem Wähler zu suggerieren, dass mit der Wahl der AfD und dem Abschaffen des Euro alle Probleme auf einen Schlag gelöst werden können. Die Forderung nach einem Zurück zur D-Mark ist gefährliche Nostalgie! Die Konsequenzen sind in der Tat schwer zu berechnen. Fest steht, dass ein Export-Einbruch für die deutsche Wirtschaft gefährlich wäre, denn fast 40 Prozent unserer Produkte gehen in die Euro-Zone. Die exportierten Waren würden dann nämlich teurer werden, weil die Mark gegenüber anderen Währungen aufgewertet werden müsste. Auch Produkte "Made in Saxony" sind in Europa heute gefragter denn je: Im Jahre 2012 hat der Export gegenüber dem Vorjahr um 7,6 Prozent zugelegt und mit 31,6 Milliarden Euro einen Rekordwert erreicht. Die Wirtschaft profitiert davon, dass es innerhalb der Euro-Zone keine Wechselkursschwankungen mehr gibt - deutsche Unternehmen sparen dadurch erhebliche Kosten. Aber der Euro nutzt nicht nur der Wirtschaft, sondern auch uns Bürgern - er erleichtert das Reisen ohne aufwändiges und lästiges Geldumtauschen.

Dennoch müssen wir die "Alternative für Deutschland" und die Köpfe dahinter, die es ernst meinen, ernst nehmen. Es muss Ansporn sein, aus den gemachten Fehlern zu lernen. Denn schließlich ist die AfD auch Ausdruck eines Unbehagens über die nur bedingt legitimierte Europäische Union und die sich immer weiter ausufernden Regelungen. Genau da müssen wir ansetzen: Wir müssen uns in Europa nur auf das Wesentliche konzentrieren. Europa muss sich nicht um alles kümmern, sondern die richtigen Schwerpunkte in den Bereichen Geld- und Währungsstabilität, Außen- und Sicherheitspolitik, Energiepolitik, Migrationspolitik und gemeinsamer Binnenmarkt, setzen. Dank der AfD werden wir gezwungen, unsere Argumente zu schärfen, mehr zu erklären und für die europäische Idee zu werben. Und das kann der demokratischen Willensbildung - und somit Europa - nur gut tun.



**"Die Forderung nach einem Zurück zur D-Mark ist gefährliche Nostalgie. Es ist fatal zu suggerieren, dass mit der Wahl der AfD, Deutschland von heute auf morgen den Euro abschaffen kann."**

Hermann Winkler

# Sachsen & Europa

## Landwirtschaftsforum in Niederkaina



Dr. Peter Jahr MdEP (l.v.r.) im Gespräch mit Dagmar Pawolski, Marko Schiemann MdL und Landrat Michael Harig (v.l.n.r.) im "elektronischen Herzen" des neuen Milchkuhstalls.

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Marko Schiemann besuchte Dr. Peter Jahr am 4. April 2013 die Agrargenossenschaft Gnaschwitz e.G. Im Beisein von Landrat Michael Harig und dem Bürgermeister der Gemeinde Doberschau-Gaußig, Michael Schulze, informierte sich die Vorstandsvorsitzende Dagmar Pawolski zum aktuellen Stand der Gemeinsamen Agrarreform der Europäischen Union (GAP). Anschließend besichtigten sie den erst im Februar 2013 eingeweihten modernen Milchkuhstall. „Der Stall entspricht dem neuesten Stand der Technik und zeigt, wie modernste Technik den Tieren zu Gute kommen kann. Die Bedingungen in diesem Stall gehen weit über bestehende Tierschutzstandards hinaus“, so Dr. Peter Jahr. Im Anschluss stellte Dr. Peter Jahr im Rahmen eines Landwirtschaftsforums in Niederkaina den teilnehmenden Landwirten den aktuellen Verhandlungsstand zur GAP 2014-2020 vor. Das Forum bot den rund 70 Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Fragen zu den Agrarkürzungen zu klären und ihre Anregungen und Erfahrungen aus der Praxis mit auf dem Weg nach Brüssel zu geben.

## Innovativer Frühjahrsempfang der Jungen Union Dresden

Unter dem Motto "Innovation hat einen Standort: Dresden" lud der Kreisverband der Jungen Union in der Landeshauptstadt am 22. März 2013 zum Frühjahrsempfang. In den Räumen der SYSTEMA GmbH erläuterte Hermann Winkler die Eckpunkte der künftigen Innovations- und Forschungspolitik der Europäischen Union mit besonderem Blick auf Sachsen, bevor Helmut Warnecke von Infineon Dresden auf die Entwicklungen im regionalen Mikroelektronik-Cluster einging. Knapp 200 Gäste - von Mandatsträgern, Unternehmern und natürlich dem JU Nachwuchs - nutzen die Gelegenheit nicht nur zum Austausch, sondern auch um einen Blick in das Innere des Hightech-Standortes Dresden zu werfen.



Anke Wagner, Vorsitzende der JU Dresden mit den Referenten Hermann Winkler MdEP und Helmut Warnecke, Geschäftsführer von Infineon Technologies Dresden (r.).

## Europawoche 2013 in Sachsen

Vom 2. bis 14. Mai findet dieses Jahr die Europawoche in zahlreichen deutschen Städten statt. Erinnert wird damit an die Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman, der am 9. Mai 1950 den Grundstein für die heutige



Europäische Union legte. Ziel der Europawoche ist es, über die Geschichte der europäischen Integration, aktuelle Entwicklungen und anstehende Herausforderungen zu diskutieren. Das Programmheft mit Veranstaltungen in Sachsen rund um die Europawoche gibt es unter:

[http://www.europa.sachsen.de/download/Programmheft\\_Europawoche.pdf](http://www.europa.sachsen.de/download/Programmheft_Europawoche.pdf)

## SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website oder auf Anfrage.

- 25.04.2013** Agrarpolitisches Forum der mitteldeutschen Bauernverbände zur agra 2013 in Leipzig gemeinsam mit Dr. Peter Jahr und Frau McGuinness, MdEP (Irland)
- 29.04.2013** Agrarpolitisches Forum mit Dr. Peter Jahr auf Einladung der MIT Vogtland in Pausa / Vogtland
- 03.05.2013** Teilnahme von Hermann Winkler an der gemeinsamen Sitzung der CDU-Landesfachausschüsse für Europa aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Leipzig
- 03.05.2013** Teilnahme Dr. Peter Jahr am EU-Schulprojekttag im Gymnasium in Rochlitz
- 04.05.2013** Agrarpolitisches Forum mit StM Frank Kupfer und Dr. Peter Jahr in Leisnig-Polkenberg
- 15.06.2013** Europa-Sommerfest von Dr. Peter Jahr in Kloster Buch bei Leisnig
- 16./17.05.2013** Sitzung des Vorstandes der Fraktion der Europäischen Volkspartei in Dresden
- 24.05.2013** Europaforum mit Klaus Brähmig MdB sowie Hermann Winkler und Dr. Peter Jahr in Sebnitz
- 31.05.2013** Europafest von Hermann Winkler in Hoyerswerda

Sie möchten den Europabrief regelmäßig per E-Mail bekommen? Melden Sie sich an unter:

<http://www.hermann-winkler.de/de/buergerbrief/anmelde-formular>